



Niederschrift

17. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin: Donnerstag, 21.04.2016
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 18:55 Uhr
Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Marcel Piest	SPD	ab 18:10 Uhr
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	Leitung der Sitzung
Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	

zusätzliches Mitglied

Frau Christine Anlauff	DIE aNDERE
------------------------	------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE
--------------------	-----------

sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker	CDU/ANW
Herr Tino Henning	DIE LINKE
Frau Elke Lentz	SPD
Herr Stefan Matz	DIE LINKE
Frau Christel Pflug	Seniorenbeirat
Frau Carola Walter	Bürgerbündnis
Herr Jan Wendt	DIE aNDERE
Herr Holger Wolinski	SPD
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordneter

Herr Markus Beck	i. V. für den BGO GB4
------------------	--------------------------

- Fraktion CDU/ANW
SBV
- 3.5 Streckenbezogene Anordnung von Tempo 30 vor Schulen, Kindertagesstätten sowie Senioren- und Pflegeheimen in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0162
Fraktion CDU/ANW, SPD
SBV
- 3.6 Aufbau eines Energie- und Klimaschutzmanagements
Vorlage: 16/SVV/0179
Fraktion CDU/ANW, SPD, Bündnis 90/Die Grünen
HA
- 3.7 Renaturierung des Aradosees durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
Vorlage: 16/SVV/0220
Fraktion DIE aNDERE
- 3.8 Umbenennung Haltestelle Bornim Kirche
Vorlage: 16/SVV/0222
Fraktion CDU/ANW
- 3.9 Beleuchtung in der Steinstrasse
Vorlage: 16/SVV/0223
Fraktionen SPD, CDU/ANW
SBV (ff)
- 3.10 Konzept für das ehemalige Grenzanlagengelände am Jungfernsee -
Stellungnahme des Vereins "Erinnerungsorte Potsdamer Grenze e. V."
Vorlage: 16/SVV/0156
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
KW, SBV
(Mitteilungsvorlage/ Wiedervorlage)
- 3.11 Tempo 30 in der Pestalozzistraße
Vorlage: 16/SVV/0239
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 BE Sachstand Gemeinsame Verantwortung für Wohnumfeldpflege -
Modellprojekt am Schlaatz auf weitere Wohngebiete ausweiten
(MV 15/SVV/0680)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 4.2 Information zur Baumliste (Stand 1.2.2016) - Fällung Trompetenbaum in der
Dortustraße 37
Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
- 5 Sonstiges
- 5.1 Information zur Auslegung des Entwurfes der Baumschutzverordnung
(PBaumSchVO)

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Rietz, übernimmt den Ausschussvorsitz und eröffnet die Sitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.3.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 17.3.2016 gibt es keine Einwände; sie wird wie vorgelegt mit 4:0:2 bestätigt.

Zur Tagesordnung gibt es keine Anmerkungen; sie wird wie vorgelegt einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht gibt es nicht.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Lichtmasterplan**

Vorlage: 16/SVV/0062

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SBV

(Wiedervorlage)

Herr Walter bringt die neue Fassung ein und erläutert sie.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Arbeitskreis Lichtplanung einzurichten, der Grundlagen für eine strategisch und räumlich differenzierte, gesamtstädtische Lichtplanung erarbeitet. Dem Arbeitskreis sollten Vertreter der Stadtbeleuchtung Potsdam, des Fachbereichs Stadtplanung und Stadterneuerung, des Tiefbauamts, der unteren Naturschutzbehörde, der Wirtschaftsförderung, der IHK Potsdam, der FH-Potsdam, der Tourismus Marketinggesellschaft sowie des Energie Forums Potsdam angehören.

Die vom Arbeitskreis aufgestellten Leitlinien, sollen Grundlage für eine künftige Lichtplanung in der Landeshauptstadt Potsdam sein, die auch konkrete Anforderungen an die Energieeffizienz und ökologische Verträglichkeit berücksichtigen.

Zur Finanzierung der Planung, als auch zur Umsetzung, sind aktuelle

Förderungen zu prüfen (z. B. EFRE-Mittel des Landes Brandenburg sowie KfW-Mittel).

Der Stadtverordnetenversammlung ist in den Fachausschüssen über den Fortschritt der Lichtplanung mindestens einmal jährlich zu berichten.“

Wortmeldungen dazu gibt es nicht.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die neue Fassung des Antrages abstimmen.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Arbeitskreis Lichtplanung einzurichten, der Grundlagen für eine strategisch und räumlich differenzierte, gesamtstädtische Lichtplanung erarbeitet. Dem Arbeitskreis sollten Vertreter der Stadtbeleuchtung Potsdam, des Fachbereichs Stadtplanung und Stadterneuerung, des Tiefbauamts, der unteren Naturschutzbehörde, der Wirtschaftsförderung, der IHK Potsdam, der FH-Potsdam, der Tourismus Marketinggesellschaft sowie des Energie Forums Potsdam angehören.

Die vom Arbeitskreis aufgestellten Leitlinien, sollen Grundlage für eine künftige Lichtplanung in der Landeshauptstadt Potsdam sein, die auch konkrete Anforderungen an die Energieeffizienz und ökologische Verträglichkeit berücksichtigen.

Zur Finanzierung der Planung, als auch zur Umsetzung, sind aktuelle Förderungen zu prüfen (z. B. EFRE-Mittel des Landes Brandenburg sowie KfW-Mittel).

Der Stadtverordnetenversammlung ist in den Fachausschüssen über den Fortschritt der Lichtplanung mindestens einmal jährlich zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.2 **Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen**

Vorlage: 15/SVV/0742

Fraktion DIE LINKE

(Wiedervorlage)

Herr Jäkel erklärt den Antrag für den Einbringer für durch Verwaltungshandeln erledigt.

zu 3.3 Neufassung der Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0117

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
SBV, HA

Herr Jäkel verweist auf die bereits erfolgte Behandlung der Vorlage im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 12.4. sowie eine entsprechende Informationsveranstaltung am 11.4.

Er bringt seinen Änderungsantrag ein und erläutert ihn.

„In die Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen der Landeshauptstadt Potsdam sind folgende Änderungen einzuarbeiten:

1.)

Die Gebühren für Kleinkunst / Darbietungen gemäß Tarif-Nummer 4, Wochen-, Spezial- und Traditionsmärkte gemäß Tarif-Nummer 7 und Trödelmärkte gemäß Tarif-Nummer 8 sind gegenüber der bisher geltenden Satzung nicht zu erhöhen.

2.)

Die Gebühr für Nutzung der Straße für Filmaufnahmen je Drehort, Tarif-Nummer 11, wird mit 80,00 € anstatt 65,00 € festgesetzt.

3.)

Die Gebühren für die Inanspruchnahme von Fahrbahnflächen nach Tarif-Nummer 12.1 werden in der Zone 2 Blaues Netz gegenüber dem vorliegenden Entwurf erhöht auf 3,00 €/m² anstatt 2,50 €/m².“

Herr von Osten-Sacken hält den Entwurf der Verwaltung für ausreichend und sieht hieran keinen Änderungsbedarf.

Frau Anlauff spricht sich für den Punkt 1 des Änderungsantrages aus.

Herr Wartenberg schlägt vor, die drei Punkte des Änderungsantrages einzeln abzustimmen.

Gegen diesen Vorschlag spricht sich Herr von Osten-Sacken aus.

Herr Jäkel schlägt vor, um die von der Verwaltung beabsichtigten Mehreinnahmen nicht zu schmälern, die Punkte 1 und 3 zusammen abzustimmen und den Punkt 2 extra.

Herr Wartenberg übernimmt diesen Vorschlag.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wie vorgeschlagen zur Abstimmung:

In die Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen der Landeshauptstadt Potsdam sind folgende Änderungen einzuarbeiten:

1.) Die Gebühren für Kleinkunst / Darbietungen gemäß Tarif-Nummer 4, Wochen-, Spezial- und Traditionsmärkte gemäß Tarif-Nummer 7 und Trödelmärkte gemäß Tarif-Nummer 8 sind gegenüber der bisher geltenden Satzung nicht zu erhöhen.

3.) Die Gebühren für die Inanspruchnahme von Fahrbahnflächen nach Tarif-Nummer 12.1 werden in der Zone 2 Blaues Netz gegenüber dem vorliegenden Entwurf erhöht auf 3,00 €/m² anstatt 2,50 €/m².

Abstimmungsergebnis:
mit 6:1:0 angenommen.

2.) Die Gebühr für Nutzung der Straße für Filmaufnahmen je Drehort, Tarif-Nummer 11, wird mit 80,00 € anstatt 65,00 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:
mit 3:3:1 abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage mit den zuvor beschlossenen Änderungen zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen der Landeshauptstadt Potsdam mit den folgenden Änderungen in der Anlage 1:

Gebührenteil – Veranstaltungen

Tarif-Nr.	Art der Sondernutzung	Gebühre n- maßstab	Brandenburger Straße		Innenstadt		übriges Stadtgebiet	
			Zone 1		Zone 2		Zone 3	
			Gebüh r	Mindest- gebühr	Gebühr	Mindest- gebühr	Gebühr	Mindest- gebühr
4	Kleinkunst / Darbietung	täglich	6,00 5,00	10,00	5,75 5,00	10,00	5,50 5,00	10,00
7	Wochen-, Spezial- u. Traditionsmärkte (gewerbere chtl. festgesetzte Märkte)	m ² x Tag	0,60 0,50	25,00	0,55 0,50	25,00	0,50	25,00
8	Trödelmärkte	m ² x Tag	0,30 0,25	15,00 10,00	0,28 0,25	15,00 10,00	0,25	15,00 10,00

Gebührenteil – Baustellen

Tarif-Nr.	Art der Sondernutzung	Gebührenmaßstab	Innenstadtring		Blaues Netz		übriges Stadtgebiet	
			Zone 1		Zone 2		Zone 3	
			Gebühr	Mindestgebühr	Gebühr	Mindestgebühr	Gebühr	Mindestgebühr
12.1	Fahrbahn		3,00	15,00	2,50 3,00	15,00	2,20	10,00

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.4 Umwandlung eines Busparkplatzes in der Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 16/SVV/0148
Fraktion CDU/ANW
SBV

Herr Rietz bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Beck weist darauf hin, dass derzeit ein Innenstadtkonzept erarbeitet wird, in dem diese Fragestellung beinhaltet ist. Ein Ergebnis sollte bis Juni 2016 vorliegen. Er empfiehlt den Antrag zurückzuziehen.

Herr Rietz schlägt vor, den Antrag zurückzustellen bis das Ergebnis vorliegt und ihn im Juni 2016 erneut aufzurufen.

Der Ausschussvorsitzende lässt diesen Vorschlag abstimmen.

Er wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 16/SVV/0148 wird bis Juni 2016 bzw. bis das Ergebnis des Innenstadtkonzeptes vorliegt zurückgestellt und dann erneut im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung aufgerufen.

zu 3.5 Streckenbezogene Anordnung von Tempo 30 vor Schulen, Kindertagesstätten sowie Senioren- und Pflegeheimen in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0162
Fraktion CDU/ANW, SPD
SBV

Herr Rietz bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Wustrack (Bereich Verkehr und Technik) weist darauf hin, dass die hier entsprechende Rechtsverordnung noch nicht in Kraft ist. Er erläutert den Prüfablauf. Bei einer der gewünschten Prüfung vorgeschalteten Ermittlung des Ist-Standes müsse zunächst festgestellt werden, wo sich die entsprechenden Standorte befinden und wo Tempo 50 bzw. Tempo 30 gilt. Über einen ersten Arbeitsstand könne im Oktober 2016 berichtet werden.

Herr Jäkel erkundigt sich bei dem Einbringer über konkrete Gefahrenbeispiele.

Herr Rietz nennt die Grundschule Bornim, vor der regelmäßig die Ampel auch bei Rot überfahren werde. Er hält die Einführung von Tempo 30 auf diesem Abschnitt für gefahrenmindernd. Er betont, dass es den Einbringern aber auch gerade darum ginge, solche Gefahrenstellen zu eruieren.

Zum Antrag schlägt er, den Ausführungen der Verwaltung entsprechend, folgende Änderung vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, auf welchen Potsdamer Straßenabschnitten vor Schulen, Kindertagesstätten sowie Senioren- und Pflegeheimen die streckenbezogene Anordnung von Tempo 30 einen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit darstellen kann. Dies geschieht im Vorgriff auf die zu erwartende Regelung. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ist darüber im Oktober 2016 **über den Arbeitsstand** zu berichten.“

Der Ausschussvorsitzende stellt den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, auf welchen Potsdamer Straßenabschnitten vor Schulen, Kindertagesstätten sowie Senioren- und Pflegeheimen die streckenbezogene Anordnung von Tempo 30 einen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit darstellen kann. Dies geschieht im Vorgriff auf die zu erwartende Regelung. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ist darüber im Oktober 2016 **über den Arbeitsstand** zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.6 **Aufbau eines Energie- und Klimaschutzmanagements**

Vorlage: 16/SVV/0179

Fraktion CDU/ANW, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

HA

Herr Rietz bringt die neue Fassung ein und begründet sie.

„Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister im Rahmen des aufzustellenden Masterplanes 100 % Klimaschutz für die Landeshauptstadt, deren Eigenbetriebe und den städt. Gesellschaften ein Energie- und Klimaschutzmanagement zu entwickeln, dass die bestehenden und/oder neu einzuführende Systeme zusammengefasst dokumentiert und damit dazu beiträgt, in regelmäßigen Zeitabständen Stand und Umsetzung von Klimaschutzziele aufzuzeigen.

Ein erster Bericht zur Ist-Analyse ist im IV. Quartal 2016, ein ausführlicher Zwischenbericht ist Ende des I. Quartals 2017 vorzulegen.“

Wortmeldungen dazu gibt es nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellte die neue Fassung des Antrages wie vorgeschlagen zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister im Rahmen des aufzustellenden Masterplanes 100 % Klimaschutz für die Landeshauptstadt, deren Eigenbetriebe und den städt. Gesellschaften ein Energie- und Klimaschutzmanagement zu entwickeln, dass die bestehenden und/oder neu einzuführende Systeme zusammengefasst dokumentiert und damit dazu beiträgt, in regelmäßigen Zeitabständen Stand und Umsetzung von Klimaschutzziele aufzuzeigen.

Ein erster Bericht zur Ist-Analyse ist im IV. Quartal 2016, ein ausführlicher Zwischenbericht ist Ende des I. Quartals 2017 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.7 Renaturierung des Aradosees durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
Vorlage: 16/SVV/0220
Fraktion DIE aNDERE

Frau Anlauff bringt den Antrag ein und erläutert ihn. Sie fordert die Stadt auf, ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen. Die Handlungsergebnisse sollen im September 2016 vorgestellt werden.

Herr Praetzel (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) bekundet das gleichlautende Interesse der Verwaltung und kann dem Antrag dementsprechend ohne Einschränkungen folgen. Lediglich bezüglich des Termins zur Berichterstattung bittet er um Änderung auf November 2016.

Herr Walter erkundigt sich, bezogen auf ihm vorliegende Informationen, ob es

sich bei der Fläche unter dem See tatsächlich um eine Altlastenverdachtsfläche handelt.

Herr Praetzel informiert, dass dieser Verdacht auch Teil der vorzunehmenden Prüfung sein werde.

Herr Jäkel unterstützt den Antrag und spricht sich für die Übernahme der von der Verwaltung erbetenen Terminänderung aus.

Frau Anlauff übernimmt den neuen Termin zur Berichterstattung, die nun im November 2016 vorzunehmen ist.

Der Ausschussvorsitzenden stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stadtverordneten geeignete Maßnahmen zur Stärkung des Aradosees als naturnahes Biotop vorzuschlagen. Außerdem soll geprüft werden, welche dieser Maßnahmen im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen umgesetzt werden können. Über den Sachstand sollen die Stadtverordneten im ~~September~~ **November** 2016 informiert werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.8 Umbenennung Haltestelle Bornim Kirche
Vorlage: 16/SVV/0222
Fraktion CDU/ANW

Herr Rietz bringt den Antrag ein, erläutert und begründet ihn. Die Umbenennung sei ein Wunsch des Bürgervereins Bornim, der sich für den ursprünglichen Namen der Haltestelle einsetzt. Mit der Umbenennung soll die Haltestelle als Kern des Ortseiles wieder erkennbar sein.

Herr Beck gibt an, mit dem Antrag mitgehen zu können. Lediglich der gewünschte Zeitpunkt der Umbenennung sei schwierig. Er schlägt vor, diese zum „großen Fahrplanwechsel“, der zur geplanten Verlängerung der Tram 2017 nötig wird, vorzunehmen.

Herr Rietz schlägt, aufgrund dieser Informationen vor, den Antrag bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen und bittet bis dahin um Beantwortung der

Fragen nach den Kosten der Umbenennung und ob in der Stadt Potsdam zum Fahrplanwechsel 2016/17 keine Umbenennungen vorgesehen sind.

Die Verwaltung sagt die Beantwortung der Fragen bis zur nächsten Sitzung zu.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Vorschlag zur Zurückstellung des Antrages auf die nächste Sitzung zur Abstimmung.

Er wird einstimmig angenommen.

zu 3.9 **Beleuchtung in der Steinstrasse**
Vorlage: 16/SVV/0223
Fraktionen SPD, CDU/ANW
SBV (ff)

Herr Piest bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) gibt an, dass eine Notwendigkeit zur Verbesserung der Beleuchtung an dieser Stelle auch von der Verwaltung gesehen wird. Er informiert darüber, dass für 2017 geplant sei, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel entsprechende Maßnahmen vorzunehmen.

Herr Piest erklärt aufgrund dieser Aussage den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt.

zu 3.10 **Konzept für das ehemalige Grenzanlagengelände am Jungfernsee -
Stellungnahme des Vereins "Erinnerungsorte Potsdamer Grenze e. V.**
Vorlage: 16/SVV/0156
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
KW, SBV
(Mitteilungsvorlage/ Wiedervorlage)

Herr Büloff (wiss. Mitarbeiter Erinnerungskultur und Gedenken in Potsdam) macht inhaltliche Ausführungen zum weiteren Verlauf in der Angelegenheit.

Herr Walter unterbreitet den Verfahrensvorschlag - da die Federführung nunmehr vom Bereich Kultur übernommen worden ist -, dass die Stellungnahme des Vereins Erinnerungsorte Potsdamer Grenze e.V. sowie die Reaktion der Verwaltung darauf diesem Protokoll beigefügt werden. Beides soll dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden.

Herr Jäkel unterstützt diesen Vorschlag.

Gegenreden zum vorgeschlagenen Vorgehen gibt es nicht; ihm wird so gefolgt.

zu 3.11 **Tempo 30 in der Pestalozzistraße**

Vorlage: 16/SVV/0239

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)

Herr Wustrack (Bereich Verkehr und Technik) erläutert die Mitteilungsvorlage. Er führt aus, für die als Hauptstraßen ausgewiesene Pestalozzistraße und die weiterführende Paul-Neumann-Straße existiere derzeit keine Rechtsgrundlage nach Straßenverkehrsordnung (StVO), um eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h vorzunehmen. Nach Einschätzung der Verwaltung ist der betreffende Verkehrsabschnitt sicher, auch durch die vorhandene Mittelinsel als Querungshilfe. Handlungsbedarf besteht aus Sicht der Verwaltung deswegen nicht.

Herr Walter verweist auf den Umstand der wachsenden Stadt und der damit auch an dieser Stelle einhergehenden steigenden Schülerzahlen. Aus diesem Grund solle präventiv gehandelt werden. Er fragt noch einmal nach, ob es generell verboten sei, an dieser Stelle Tempo 30 einzurichten.

Herr Wustrack stellt klar, dass es keine rechtliche Grundlage gibt, präventiv eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 30 vorzunehmen. Zurzeit liegen keine Gründe für die Einrichtung von Tempo 30 an dieser Stelle vor.

Herr Berlin hält den Bereich für ungefährlich. Zudem ließen es die örtlichen Gegebenheiten ohnehin nicht zu, dort schneller als 30 km/h zu fahren.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 16/SVV/0239 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 BE Sachstand Gemeinsame Verantwortung für Wohnumfeldpflege - Modellprojekt am Schlaatz auf weitere Wohngebiete ausweiten (MV 15/SVV/0680)

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Praetzel (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) erläutert den Sachstand Vorort anhand einer PowerPoint-Präsentation. Anhand von Vorher-/Nachheraufnahmen verdeutlicht er die erfolgreiche Umsetzung des Projektes. Er berichtet, dass es eine gemeinsame Wohnumfeldpflege von Wohnungsbaugenossenschaften und Landeshauptstadt Potsdam nicht mehr gibt, da sich die Vertragsparteien über das Ergebnis der Arbeit uneinig waren. Die Maßnahmen zur Umfeldpflege würden jedoch weiterhin von beiden Parteien (getrennt voneinander) vorgenommen. Aufgrund der trotz Trennung der Vertragsparteien positiven Ergebnisse soll das Modell auch in der Waldstadt I fortgesetzt werden.

Herr Henning äußert den Wunsch, die Bürgerinitiative Waldstadt I dann in die Umsetzung mit einzubeziehen.

Herr Praetzel stellt klar, dass eine Bürgerinitiative aus den gesammelten

Erfahrungen heraus als Vertragspartner nicht mehr in Betracht komme. Selbstverständlich würde sie aber umfangreich über die Maßnahmen informiert.

Herr Piest erkundigt sich, warum es konkret zum Bruch zwischen den Vertragspartnern gekommen ist.

Herr Praetzel führt aus, dass man sich über die Ergebnisse der Ausführungen einzelner Maßnahmen nicht einigen konnte. Während die Landeshauptstadt mit den Ergebnissen zufrieden war, war es der Vertragspartner nicht. Dies habe schließlich zum Bruch geführt.

zu 4.2 Information zur Baumliste (Stand 1.2.2016) - Fällung Trompetenbaum in der Dortustraße 37

Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur

Herr Beck stellt richtig, dass es sich in der betreffenden Tabelle im Kopf nicht um den wie angeführt Stammdurchmesser handelt, sondern um den Stammumfang. Somit beträgt der Stammumfang des gefällten Trompetenbaumes 180 cm.

Herr Jäkel kritisiert nochmals die Fällung des Trompetenbaums. Seltene Bäume, wie dieser, dürften nicht ohne weiteres zur Fällung freigegeben werden. Bei besonderen Bäumen müsse auch ein besonderer Blick auf den Fällantrag gerichtet werden. Außerdem möchte er wissen, ob unter den Ersatzpflanzungen auch Trompetenbäume dabei gewesen sind. Wenn schon seltene Bäume gefällt werden, müsse zumindest dafür Sorge getragen werden, dass diese nachgepflanzt würden.

Herr Beck nimmt diese Hinweise für die Verwaltung auf und will durch den zuständigen Fachbereich vor allem klären lassen, ob es möglich ist, zukünftig bei der Fällung besonderer Bäume in den Ersatzleistungen deren Nachpflanzung festzuschreiben.

zu 5 Sonstiges

zu 5.1 Information zur Auslegung des Entwurfes der Baumschutzverordnung (PBaumSchVO)

Herr Beck teilt mit, dass bisher noch keine neuen Änderungswünsche zum Entwurf der neuen Baumschutzverordnung eingegangen sind. Die Auslegung erfolgt noch bis zum 17.5.2016.

Klaus Rietz
Stellv. Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift